

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Er scheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreizehnpaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 52.

Dienstag, den 1. Juli

1890.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Art. II, § 8 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 flgd. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meissen im Monate Mai d. J. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate Juni d. J. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangte Marschfourage beträgt

9 M. 19 „ Pf. für 50 Kilo Hafer,
3 „ 48 „ „ „ 50 „ Heu,
3 „ 8 „ „ „ 50 „ Stroh.

Meissen, am 27. Juni 1889.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Tagesgeschichte.

Am Dienstag und Mittwoch wurde im Reichstag die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, fortgesetzt. Die Debatten wurden im großen Style geführt und sprachen Abgeordnete aller Parteien. Windthorst gab Namens der Centrumpartei seine Zustimmung zur Regierungsvorlage und forderte nur für später die von der Partei befürworteten Erleichterungen, Freisinnige und Sozialisten verhielten sich ablehnend und wollen erstere nur auf Grund der zweiwöchigen Dienzeit über die von der Regierung geforderten Erhöhung der Präsenzstärke verhandeln. Der Abgeordnete v. Bennigsen (n.-l.) erkannte die Nothwendigkeit der Vorlage an und befürwortete dieselbe in ausführlicher Weise und widerlegte die Einwendungen der deutschfreisinnigen Partei. v. Bennigsen hob in seiner Rede allerdings auch hervor, daß der Gehalt der Herabsetzung der Dienzeit im Volke sehr populär sei und empfahl den Herren im Bundesrathe dies zu berücksichtigen. Nachdem noch der Abgeordnete Hübe (n.-f.) seinen ablehnenden Standpunkt motivirt und der Kriegsminister eine kurze Entgegnung gegeben, wurde der Antrag der Freisinnigen auf jährliche Bewilligung der Friedenspräsenzstärke gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Volkspartei, der Sozialisten und Welsen abgelehnt und § 1 der Militärvorlage, durch welchen die Friedenspräsenzstärke des deutschen Kriegsheeres bis zum 31. März 1894 auf 486 988 Mann festgesetzt wird, mit 211 gegen 128 Stimmen genehmigt. Gegen die Annahme stimmten außer den Freisinnigen, Volksparteilern und Sozialdemokraten auch 18 Mitglieder des Centrums. Der Antrag Bamberger auf Einführung der zweiwöchigen Dienzeit wird mit 205 gegen 134 Stimmen abgelehnt und hierauf der Rest des Gesetzes angenommen.

Zum deutsch-englischen Abkommen schreibt das conservative „Deutsche Wochenblatt“: „Unser siegreiches Vorgehen in Afrika stellt alle bisherigen englischen Leistungen vollkommen in den Schatten; im Reichstag ist eine geschlossene und große Majorität für die Weiterführung des Begonnenen, die Schrecken des Araberthums hat Bismann vollständig überwunden, in einigen Wochen beginnt unsere neue Dampferlinie ihre ersten Fahrten an der ostafrikanischen Küste, die in dem nachwachsenden Geschlechte vorhandene coloniale Begeisterung ist in steter Zunahme begriffen, die Erwerbsgesellschaften haben ihre praktischen Culturarbeiten wieder aufgenommen; allen diesen Thatfachen möge man Rechnung tragen, und nicht mit ausländischem Maße eine Sache messen, die für die zukünftige Gestaltung Deutschlands eine der wichtigsten zu werden berufen ist. In keinem Falle aber können wir einem Opportunismus zustimmen, welcher, um angeblichen Forderungen der Tagespolitik Rechnung zu tragen, Jugendländliche macht, deren Schädigungen niemals wieder gut zu machen sind. Eine solche kurzfristige Politik hat uns bisher in unserer Colonialentwicklung genügend gehindert und geschädigt. Wir hatten gehofft, daß diese unter Wilhelm II. ihr Ende erreicht hätte. Nach unserer Auffassung bedeutet das Abkommen mit England den bleibenden Verzicht auf eine deutsche Colonialpolitik im großen Styl. Deutschland ist fortan in Afrika eine untergeordnete Macht, welche überall von Englands Vorherrschaft eingeschränkt, soweit die übermächtige englische Concurrenz es zuläßt, in kleinerem Maßstab Handel und Plantagenwirtschaft treibt. Das Ansehen, welches Bismanns Siege uns erworben, geben wir wieder preis.“ Die „Rationalliberale Correspondenz“ bringt folgende Ausführung: „Aus colonialfreundlichen Kreisen gehen uns täglich Zuschriften zu, welche, meist in überaus lebhaften und drastischen Ausdrücken, die schmerzliche Enttäuschung aussprechen, welche das englisch-deutsche Abkommen über die afrikanischen Gebietsabgrenzungen hervorgerufen hat. Insbesondere in Süddeutschland, wo die coloniale Sache die wärmsten Anhänger gefunden, herrscht eine geradezu erzogene Stimmung, ebenso in Westdeutschland, wie sich auch in der gesammten Presse jener Gegenden kundgibt. Mit größtem Erbittern hat man auch erfahren, daß die in erster Linie sachverständige

und zum Urtheil competente Persönlichkeit, der Reichscommissar v. Bismann, von dem Inhalt des Abkommens erst nach dem 1. Juli auf der Reise nach Berlin Kenntniß erlangt hat. Wenn solche Verträge leblich am grünen Tisch in Berlin abgeschlossen werden, dann kann man sich freilich nicht wundern, wenn sie zu so vielen Bedenken Anlaß geben. Die lebhafteste Kritik von Männern wie v. Kapenreuth und Röllert ist ebenso bezeichnend, wie die stillschweigende, aber doch verständliche des Majors v. Bismann oder fürstlichen Bismarck. Wir haben fast nur berufsmäßige offizielle Schöneredner und freisinnige Zeitungen das Uebereinkommen preisen hören, letztere meist von dem Standpunkte der Schwabenreube aus, daß unsere Colonialpolitik damit ein schwerer Schlag verfehlt worden. Die leitenden Männer der Ostafrikanischen Gesellschaft können im gegenwärtigen Augenblick der Aufnahme einer neuen Anleihe nicht als ganz unabhingende Beurtheiler gelten. In den weitesten Kreisen, nicht nur bei Colonialschwärmern, sondern auch bei ruhig urtheilenden und sachverständigen Männern greift je länger je mehr der Eindruck Platz, daß hier eine arge Uebereiltung vorliegt. Was unter diesen Umständen eine Besprechung im Reichstag den deutschen Interesse noch viel hätten schaden können, ist eine weitverbreitete Frage.

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ widmet dem schreibenden Oberbürgermeister einen Huldigungs-Artikel, der um so schwerer ins Gewicht fällt, als er von einem der Parteiführer des Scheiterns feindlichen Blatte ausgeht. „Darin heißt es u. A.: „Als ein besonders Verdienst dürfen wir Herrn Miguel es anrechnen, daß er, obgleich Politiker und einer Partei angehörig, zu der in Frankfurt in der Bürgerschaft wie in der städtischen Vertretung nur die Minderheit zählt, es verstanden hat, die politischen Gegensätze innerhalb der Communal-Verwaltung zum Schweigen zu bringen und alle Parteien im Wirken für die Stadt zu vereinigen. Es gelang ihm das hauptsächlich dadurch, daß er allen Richtungen Vertrauen in ihr Wollen und Können entgegenbrachte, was er dafür eintauschte, war gleichfalls Vertrauen, und dies erst gab seinem Wirken das sichere Fundament, seinen Bestrebungen den erheblichen Resonanzboden. Jeder Beschwerde wie jedem Wunsch zugänglich, gefähig in vornehmlicher Form, war er unter den Bürgern der Erste, aber Bürger im besten Sinne des Wortes. . . . Erwägt man Alles, so muß man sagen: Durch das Schreiben Miguels erleidet Frankfurt den größten Verlust, der ihm seit 1866 widerfahren ist, sein Fortgang schafft eine Lücke, deren Ausfüllung ein schweres Werk sein wird. . . . Wenn Herr Dr. Miguel diese Erfahrungen in die neue Stellung übertragen werden, zu der er berufen worden ist, so wird sich der Wunsch erfüllen, den wir für ihn beim Abschied auf dem Herzen haben, daß es ihm beschieden sein möge, als Minister ebenso der Vertrauensmann des preussischen und deutschen Bürgertums zu werden, wie er der Vertrauensmann der Frankfurter Bürgerschaft gewesen ist.“ Von den entschiedensten politischen Gegnern ausgehend, ist dies gewiß eine seltene Anerkennung.

Nach Gerüchten, die ziemlich bestimmt auftreten, soll der preussische Kriegsminister von Werdy bereits seine Entlassung eingereicht haben. Jedenfalls, heißt es, werde er einen längeren Urlaub antreten. Als Nachfolger wird der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, Generalleutnant v. Wittich, genannt. In den Kreisen der Landwirthe der preussischen Provinzen glaubt man davon warnen zu sollen, daß die voraussichtliche Ernte dieses Jahres überschätzt werde. Man macht darauf aufmerksam, daß lange Zeit große Dürre geherrscht habe und daß das inzwischen eingetretene, durch eine große Dauerhaftigkeit ausgezeichnete Regenwetter nicht habe gutt machen können, was die mageren Zeit vorher verloren geben ließ. In großen Distrikten soll das Heu der in den letzten Wochen andauernden Hitze wegen gar nicht einzubringen gewesen sein.

Das Landgericht von Hamburg verurtheilte den Sozialisten Puffan, welcher dort und in Glückstadt in den Wä-

lerlisten eingetragen war und auf Grund dieser Eintragungen im Februar zum Reichstag doppelt gewählt hatte, zu vier Monaten Gefängniß und zweijährigem Ehrverlust. Puffan wurde sofort verhaftet.

In Hamburg wurde ein evangelisch-sozialer Arbeiterverein gegründet, dessen Tendenz gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist.

Fredensborg. Der Kaiser traf am Sonnabend hier ein und wurde an der Treppe des Schlosses von der Königin, der Kronprinzessin, der Prinzessin Waldemar und der Erbprinzessin-Witwe Elisabeth von Anhalt empfangen. Bei dem Gastmahl brachte der König von Dänemark folgenden Toast auf den Kaiser aus: „Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers, Ihrer Maj. der Kaiserin und des ganzen kaiserlichen Hauses.“ Sodann spielte die Kapelle das „Hilf Dir im Siegerkranz“, welches sitzend angehört wurde. Hierauf erwiderte der Kaiser etwa Folgendes: es sei ihm eine wahre Freude, die Majestäten begrüßen zu können, er trinke auf das Wohl Ihrer Majestäten und des königlichen Hauses; Gott behüte den König und die Königin noch viele Jahre.

Ueber die Stimmung der Helgoländer wird der „Hamb. Ref.“ aus Helgoland geschrieben: „Dem verklärten träumerischen Helgoländer ist seine Abtretung an Deutschland vollkommen unabweisbar gekommen, und er traut sich heute noch nicht recht, seine Meinung und Ansicht zu äußern, da er noch nicht weiß, ob der Traum zur Wahrheit wird. Er hat sich schon zu sehr in den alten malischen Sagenbüchern hineingelebt und fürchtet, daß ihm seine Nahrung, die er bis jetzt von den Vögeln hat, vor der Nase weggeschnappt wird, wenn die Deutschen in großen Schaaren auf die Insel kommen und sozusagen frisches Leben in die Bude bringen. Die Helgoländer denken und sprechen: Jetzt haben wir unsern Lebens- und wenig Arbeit erfordernden Verdienst durch das Hin- und Herbefahren aller Passagiere der Dampfschiffe und durch die Fahrten zur Düne. Werden wir deutsch, kommen unsere ruhigen neuen Vandalen, bauen eine Brücke zum Anlegen für die Dampfboote und eine eben solche für Fußgänger zur Düne, oder lassen von der Insel zur Düne den Verkehr mittelst kleiner Dampfboote vermitteln, und wir 500 Seebefahrer verlieren mit einem Schlag unser Brod. Wir sind arm, leben nur von den Fremden, und das ganze Verlangen, das unsere Handlung besitzt und in der Altonaer Sparkasse belegt ist, beträgt nur 46 000 Mark, und davon können wir unser Helgoland nicht unterhalten.“ Das es den Helgoländern auch möglich sein könnte, auf andere Art und Weise als durch Ruherarbeit ihr Brod zu verdienen, und daß ja zweifellos unter einer regelrechten Regierung z. B. der Grund und Boden und ihre Häuser einen ganz andern Werth erreichen werden, dafür haben sie absolut noch kein Verständniß. Eine seltene Abneigung hegt der Helgoländer vor dem „Soldat“ werden, sei es zu Lande, sei es zu Wasser. Zahlen beweisen, und so können wir mittheilen, daß innerhalb 3 Jahren sich nur 4 Insulaner trotz des verlockenden hohen Lohnes für die englische Marine anwerben ließen, von denen der dritte Mann auch schon nach kurzer Zeit, von Heimweh getrieben, wieder zurückkehrte. Obgleich der Helgoländer deutsch denkt und schreibt, nach deutschem Maße rechnet und von deutschen Vorgesetzten lebt, so würden, nach der jetzigen Stimmung zu urtheilen, doch noch zwei Drittel der Einwohner dafür stimmen, bei England zu bleiben, denn sie fürchten, ihr Brod zu verlieren und im Falle eines Krieges der Einkauf und Spielball der sich betriegenden Mächte zu werden. Es ist ein Volkchen, das nicht selbst denken und arbeiten mag, sondern dies den Andern überläßt. Sind die Helgoländer dadingegen erst thatsächlich in Deutschland einmüthig, so werden sie sich auch leicht in dessen Sitten und Gebräuche einleben.“

Der Kaiser von Oesterreich, welchem neben der Pflege des Dreibundes insbesondere auch der innere Frieden seines